
Vorsitz: Deutschland

**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1126. Plenarsitzung)**

1. Datum: Samstag, 31. Dezember 2016

Beginn: 14.10 Uhr
Schluss: 14.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter E. Pohl

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: EKRLÄRUNG DES VORSITZENDEN DES
STÄNDIGEN RATES

Vorsitz (Anhang 1), Österreich, Aserbaidshon (Anhang 2), Armenien
(Anhang 3), Direktor des Konfliktverhütungszentrums

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

1126. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1126, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN

Meines Wissens war es heute nicht möglich, im Vorbereitungsausschuss einen Konsens über die Verlängerung der Mandate des OSZE-Büros in Eriwan, des Projektkoordinators in Usbekistan, des Büros in Tadschikistan, des Zentrums in Bischkek, der OSZE-Beobachtermission an zwei russischen Kontrollposten und über die Berichtigung des Gesamthaushalts 2016 zu erreichen. Bei allen diesen Beschlüssen liegt jedoch ein Konsens in greifbarer Nähe.

Grund für das heutige Scheitern der Konsensfindung zu allen diesen Beschlüssen war eine vom Büro in Eriwan geplante Aktivität. Im Zuge unserer Erörterungen äußerte eine Delegation ihre Besorgnis darüber, dass eine Aktivität, die das OSZE-Büro in Eriwan im Bereich der humanitären Minenräumung plante, nicht im Einklang mit dem Mandat der Mission stehe. Ich kann Ihnen mitteilen, dass der deutsche Vorsitz im Anschluss an die Verhandlungen über den Gesamthaushalt 2016 den Sonderbeauftragten Bächler nach Eriwan entsandte, um die Art der Aktivitäten der Mission zu beurteilen. Ausgehend von seinen Erkenntnissen kamen wir zum Schluss, dass die fragliche Aktivität nicht über das Mandat der Mission hinausgeht. Wir haben jedoch zur Kenntnis genommen, dass die Besorgnisse weiterbestehen, und meinen, sie könnten ausgeräumt werden.

Gemeinsam mit dem designierten österreichischen Vorsitz haben wir auf dieses Ziel hingearbeitet. Es ist äußerst bedauerlich, dass noch keine Einigung auf eine Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan erreicht werden konnte, es wurde jedoch aus inhaltlicher Sicht eine für alle annehmbare Lösung gefunden. Die noch offenen Fragen sind von rein verfahrenstechnischer Natur, und wir sind zuversichtlich, dass es in Kürze unter der Federführung des österreichischen Vorsitzes zu deren Lösung kommen wird. Wir gehen davon aus, dass uns dann auch eine Beschlussfassung in den anderen derzeit blockierten Fragen möglich sein wird. Nachdem wir demnächst Beschlüsse über die Mandate der Missionen erwarten, möchten wir dem Generalsekretär empfehlen, zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Verfahren zur Schließung dieser Missionen einzuleiten.

Lassen Sie mich hervorheben, dass Feldmissionen für unsere Organisation einen außerordentlich hohen Stellenwert haben und dass es unsere gemeinsame Pflicht ist, für ihr einwandfreies Funktionieren zu sorgen. Ich möchte betonen, dass Fragen zu einzelnen Aktivitäten der Feldmissionen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen aufgeworfen, diskutiert und behandelt werden sollten. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen,

dass wir es hier mit einer außergewöhnlichen Situation zu tun haben, die keineswegs beispielgebend für zukünftige Mandatsverlängerungen ist.

Grundsätzlich finde ich es besorgniserregend, dass diejenigen Teilnehmerstaaten, die vor dem Hintergrund fast dauernder Konflikte am meisten von der OSZE und ihrem Instrumentarium profitieren könnten, am wenigsten zu Kompromissen bereit sind. Das Beharren auf Standpunkten und mangelnde Flexibilität – selbst wenn inhaltliche Bedenken bereits ausgeräumt wurden – schaden unserer Arbeit und unseren gemeinsamen Bemühungen um die Förderung von Sicherheit und Zusammenarbeit. Wenn solche Haltungen weiterbestehen oder zur allgemeinen Praxis werden, könnte die Funktionsfähigkeit der OSZE massiv beeinträchtigt werden.

Es war nicht unsere Absicht, dem designierten österreichischen Vorsitz so viel Unerledigtes zu hinterlassen. Lassen Sie mich aber erneut meiner festen Überzeugung Ausdruck verleihen, dass das konkrete Problem, das uns heute im Weg stand, in den nächsten Tagen rasch gelöst werden wird. Lieber Clemens, ich wünsche Dir Durchhaltevermögen und viel Glück!

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1126. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1126, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Aserbaidschan muss dem Ständigen Rat zu ihrem Bedauern mitteilen, dass sie den Beschlussentwurf über die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan nicht unterstützen kann.

Die Republik Aserbaidschan hat dem Ständigen Rat mehrmals zu verstehen gegeben, dass die Aktivitäten des OSZE-Büros in Eriwan, vor allem in der politisch-militärischen Dimension, Aserbaidschan Anlass zu großer Sorge geben. Wir haben insbesondere unterstrichen, dass die Unterstützung der OSZE für Armenien durch ihre Feldmission, vor allem in der politisch-militärischen Dimension, sich keinesfalls auf die besetzten Gebiete von Aserbaidschan erstrecken oder dazu dienen dürfe, die Besetzung der Gebiete von Aserbaidschan durch Armenien zu festigen. Wir haben auch unterstrichen, dass wir die Aktivitäten dieser Feldmission nur unter der Voraussetzung unterstützen werden, dass die geleistete Hilfe oder die vom Gastland erworbene Fähigkeit nicht zum Nachteil der legitimen Sicherheitsinteressen Aserbaidschans missbraucht wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, dass zum Zeitpunkt der Einrichtung der OSZE-Feldmissionen in Armenien und Aserbaidschan Ende der 1990er Jahre Einvernehmen darüber bestand, dass sie sich nicht mit Fragen des andauernden Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan befassen würden, die ja Sache der Minsk-Konferenz der OSZE seien. Aufgrund dieses Verständnisses hatte die damalige OSZE-Feldmission in Aserbaidschan auf jegliche Aktivität zur Linderung der zahlreichen Konsequenzen des Konflikts, etwa auch im humanitären Bereich, verzichtet.

Nun beunruhigt es zunehmend, dass das Büro in Eriwan seit einigen Jahren in Entminungsaktivitäten eingebunden wird, die eindeutig eine Maßnahme der Konflikt-nachsorge darstellen. Die Reaktionen, die wir vom Büro in Eriwan erhalten, machen deutlich, dass die Aktivitäten in diesem speziellen Bereich in direktem Zusammenhang mit dem weiterhin andauernden Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan stehen. Im Rahmen dieser Programmaktivität unterstützt das Büro das Armenische Zentrum für humanitäre Minenräumung und Expertise (CHDE), angeblich in Ortschaften in Grenznähe zur Republik

Aserbaidschan, die von der Republik Armenien im Zuge ihrer Militäroperationen gegen Aserbaidschan vermint wurden.

Die Republik Aserbaidschan ließ den Vorsitz und das Sekretariat ihren grundsätzlichen Standpunkt wissen, dass die Programmaktivitäten des Büros betreffend Minenräumung aus dessen Tätigkeitsbereich auszuklammern seien, und betonte, dass eine entsprechende Anpassung der für das nächste Jahr geplanten Aktivitäten des Büros ein wichtiger Schritt im Sinne der Herbeiführung von kollektiver Unterstützung für die Tätigkeit des OSZE-Büros in Eriwan durch alle OSZE-Teilnehmerstaaten wäre.

Wir gehen von der festen Überzeugung aus, dass alle OSZE-Feldmissionen gemeinsames Gut aller OSZE-Teilnehmerstaaten sein sollten und dass sie als solches im Einklang mit der Gesamtheit der Prinzipien, Verpflichtungen und vereinbarten Mandate der OSZE handeln sollten und durch ihre Tätigkeit in keiner Weise den legitimen Sicherheitsinteressen anderer Teilnehmerstaaten zuwiderhandeln dürfen.

Zu unserem großen Bedauern haben intensive Konsultationen mit dem gegenwärtigen deutschen und dem designierten österreichischen Vorsitz, an denen auch der Generalsekretär und der Vertreter des Konfliktverhütungszentrum beteiligt waren, kein Ergebnis gezeitigt, das die Besorgnisse der aserbaidschanischen Seite zerstreut hätte. Als Ausweg aus der derzeitigen Situation stimmten wir dem Vorschlag des gegenwärtigen und des designierten Vorsitzes zu, dass sie gemeinsame politische Leitlinien für das OSZE-Büro in Eriwan herausgeben und es anweisen würden, seine Entminungsaktivitäten einzustellen. Da die OSZE-Feldoperationen und -Institutionen aus dem Gesamthaushalt finanziert werden, zu dem alle Teilnehmerstaaten Beiträge leisten, sollte ihre Tätigkeit für die Teilnehmerstaaten transparent sein. Die geplanten Leitlinien für das OSZE-Büro in Eriwan werden Auswirkungen auf die Programmaktivitäten des Büros haben, und es ist wichtig, dass alle Teilnehmerstaaten über deren Inhalt Bescheid wissen. Das würde für Transparenz und Rechenschaftspflicht sorgen und verhindern, dass es in Zukunft erneut zu einer derartigen unerwünschten Situation kommt. Von diesem Einvernehmen ausgehend, hat die Delegation Aserbaidschans darum ersucht, dass die Richtlinie des Vorsitzes, versehen mit einer entsprechenden Dokumentennummer, an alle Teilnehmerstaaten verteilt wird.

Leider stellte sich nach langen Diskussionen heraus, dass der Vorsitz zögert, solche Leitlinien an die Teilnehmerstaaten zu verteilen. Druck und unverhohlene Drohungen der Republik Armenien, die nicht vor einer Geiselnahme-Übung zurückschreckte und die Arbeit anderer Feldmissionen und die Verabschiedung eines Beschlusses über einen berichtigten Haushalt 2016 infrage stellte, machen es unmöglich, zu einer Lösung für die Situation zu gelangen.

Unter diesen Umständen hat die Delegation der Republik Aserbaidschan keine andere Wahl, als dem Beschlussentwurf über die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan in seiner derzeitigen Form die Unterstützung zu verweigern.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.



1126. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1126, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

Herr Vorsitzender,

als Antwort auf Ihre Erklärung möchte ich hervorheben, dass Aserbaidschan in den letzten Jahren versucht hat, die ständige Präsenz der OSZE im Südkaukasus systematisch zu reduzieren. Zunächst wurde das OSZE-Büro in Baku abgewertet und dann einfach geschlossen. Seit der Schließung dieses Büros versucht die aserbaidschanische Seite, mit verleumderischen und grundlosen Anschuldigungen die verbliebenen OSZE-Feldmissionen in der Region ins Visier zu nehmen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Aserbaidschan letztes Jahr den seit langem vereinbarten Sprachgebrauch betreffend die ständige Präsenz des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden vor Ort in der Zone des Bergkarabach-Konflikts infrage stellte.

Der derzeitige unerhörte Versuch, einen technischen Beschluss über die Verlängerung des Mandats des Büros in Eriwan für einen Angriff auf die letzte richtige OSZE-Mission im Südkaukasus zu nutzen, sollte von allen OSZE-Akteuren, einschließlich des Vorsitzes, des Sekretariats und der Teilnehmerstaaten, zurückgewiesen werden. Eine prinzipienlose Position kann von Aserbaidschan als Ermutigung verstanden werden, seine destruktive Haltung in der OSZE beizubehalten. Wir bedauern, dass Aserbaidschan die OSZE als Kampfzone betrachtet, in der es durch erpresserisches Verhalten auf Kosten des wahren Geistes der Zusammenarbeit der restlichen 56 Teilnehmerstaaten seine Konfliktwahrnehmungen durchsetzen kann.

Armenien ging an dieses OSZE-Thema, das die gesamte Familie der OSZE-Feldmissionen betrifft, auf verantwortliche und transparente Weise und im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen, -Praktiken und -Verfahren heran. Wir glauben, dass es dazu außerordentlich wichtig ist, gemeinsam und geschlossen zu handeln, ausgehend von der Beibehaltung der Mandate aller OSZE-Missionen ohne jede Ausnahme. Wir dürfen nicht den Eindruck entstehen lassen, dass OSZE-schädigende Vorgehensweisen und der Missbrauch des Konsensprinzips durch Aserbaidschan weiter hingenommen werden.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.